

A1 - Kultur „Kultur ist das, was bleibt“ - Kulturförderung in Kommunen und Gemeinden stärken

Gremium: Bezirksvorstand

Beschlussdatum: 24.05.2019

1 „Kultur ist das, was bleibt, wenn alles andere verloren ist.“ (Selma Lagerlöf)

2 Das Ifo-Institut konnte 2015 mit einer Studie darlegen, dass sich signifikant
3 mehr qualifizierte Beschäftigte mit Universitätsabschluss dort niederlassen, wo
4 sich ein traditionelles Opernhaus befindet. Und das nicht, weil Opernhäuser
5 ohnehin nur in wirtschaftlich florierenden Regionen entstehen, sondern weil
6 durch das kulturelle Angebot die Gegend erst attraktiv wird für gut ausgebildete
7 Menschen. Das Institut wählte Opernhäuser, die bereits zu Barockzeiten gegründet
8 wurden. Die Ergebnisse zeigen, dass die Einkommen in allen 29 Städten in
9 Deutschland, die über ein barockes Opernhaus verfügen, bis heute höher sind als
10 in vergleichbar großen Städten ohne Opernhäuser. Dass heute im Umkreis
11 kultureller Zentren relativ viel Geld verdient und ausgegeben wird, hängt also
12 offenbar mit dem kulturellen Angebot selbst zusammen. Von Kulturförderung
13 profitieren indirekt folglich auch jene Bürger*innen vor Ort, die an den
14 kulturellen Angeboten selbst gar nicht interessiert sind.

15 Dass Baumaßnahmen für die Kultur mit einem ansprechenden Kulturprogramm auch die
16 Wirtschaft fördern, ist exemplarisch in Blaibach sichtbar. Dort entstand 2014 im
17 Ortskern ein Gebäudekomplex mit Konzertsaal, Bürgerhaus und Gastronomie.
18 Teilweise wurde die bestehende historische Bausubstanz erhalten. Der Konzertsaal
19 strahlt weit über Blaibach hinaus und schafft Identität vor Ort.

20 Zudem sorgte diese Baumaßnahme für eine deutliche wirtschaftliche Belebung.
21 Gastronomie und Tourismus profitieren vom Konzertbetrieb. Weil die Attraktivität
22 einer Region bisher oft an wirtschaftlicher Prosperität gemessen wurde, haben
23 viele Städte und Gemeinden in der Vergangenheit insbesondere mit dem Bau von
24 Straßen auf den Ausbau der technischen Infrastruktur und auf die Ausweisung von
25 Gewerbegebieten gesetzt. Ländliche Räume haben aber nur dann eine Zukunft, wenn
26 sie auch den Bedürfnissen der Bewohner*innen an sozialer Teilhabe Rechnung
27 tragen - für alle Generationen und alle gesellschaftlichen Gruppen. Für
28 gesellschaftliche Teilhabe und sozialen Zusammenhalt braucht es eine intakte
29 soziale Infrastruktur. Das sind vor allem Einrichtungen für Bildung, Kultur,
30 Gesundheit und Freizeit. Angesichts des zunehmenden

31 Fachkräftemangels sind Unternehmen außerdem darauf angewiesen, ihren
32 Arbeitnehmer*innen ein attraktives Umfeld zu bieten. Kulturinstitutionen und
33 Festivals - ebenso wie die „freie Szene“ - tragen wesentlich zur Attraktivität
34 von Orten als Wirtschaftsstandort und Tourismusmagnet bei. Kultur ist ein
35 relevanter Wirtschaftsfaktor, das belegen auch die Zahlen des Monitoringberichts
36 zur Kultur- und Kreativwirtschaft 2018: Mit ihren 254.700 Unternehmen trägt die
37 Kultur- und Kreativwirtschaft zu einer Bruttowertschöpfung von 102,4 Mrd EUR bei
38 und hat einen Anteil von 3,1 Prozent am Bruttoinlandsprodukt. Konstant im
39 Vergleich zu den Vorjahren liegt die Bruttowertschöpfung in der Kultur- und
40 Kreativwirtschaft in etwa gleichauf mit der des Maschinenbaus. Andere wichtige
41 Branchen in Deutschland, wie die Chemische Industrie, die Energieversorger oder
42 aber die Finanzdienstleister, werden von der Kultur- und Kreativwirtschaft
43 hinsichtlich der Wertschöpfung deutlich übertroffen. Diese Zahlen zeigen, dass
44 Fördermaßnahmen für die Kultur- und Kreativwirtschaft durchaus ein
45 wirtschaftliches Standbein für Kommunen und Gemeinden bedeuten können. Für uns

46 Grüne ist klar, dass der Wert von Kultur nicht allein in ökonomischen Größen
47 gemessen werden kann. Kulturelle Angebote prägen nicht nur die Identität einer
48 Region, sondern tragen vor allem zur Zufriedenheit und sozialer Teilhabe der
49 Bürgerinnen und Bürger bei. Auch kleine Städte und Gemeinden sollten daher
50 Kultur als Teil ihres Selbstverständnisses betrachten.

51 Der Bezirksverband Oberbayern setzt sich ein für:

- 52 1. Kultur als festen Bestandteil der Daseinsfürsorge
- 53 2. Eine angemessene Vergütung von Künstler*innen
- 54 3. Geschlechtergerechtigkeit bei der Besetzung von Führungspositionen im
55 Kulturbetrieb
- 56 4. Die Förderung der kulturellen Bildung bzw. der Kulturvermittlung
- 57 5. Inklusion im Kulturbereich
- 58 6. Programme und Projekte für mehr Integration durch Kunst und Kultur
- 59 7. Teilhabe an Kulturangeboten für alle gesellschaftlichen Gruppen
- 60 8. Freiheit von Kunst und Kultur
- 61 9. Nachhaltigkeitskriterien bei Baumaßnahmen im Kulturbetrieb und stärkere
62 Berücksichtigung der Expertise des Landesamtes für Denkmalschutz sowie des
63 Landesdenkmalrates
- 64 10. Die Stärkung von „Kunst am Bau“
- 65 11. Die Förderung kleiner Kinos
- 66 12. Die Förderung von Diversität hinsichtlich Alter, Ethnie, sexueller
67 Orientierung, Herkunft und Religion im Kulturbetrieb
- 68 13. Eine nachhaltige Atelierförderung und Leerstandsnutzung für kulturelle
69 Zwecke
- 70 14. Eine gleichberechtigte Förderung aller kulturellen Sparten
- 71 15. Kulturämter bzw. Kultur- und Tourismusämter in allen großen (Kreis)-
72 Städten in Bayern
- 73 16. Eine lebendige Erinnerungskultur

74 Zu 1.: Die öffentliche Kulturförderung gehört bislang nicht zur Daseinsfürsorge.
75 Daher fallen die Kulturförderung ebenso wie die Sportförderung häufig dem
76 Rotstift zum Opfer. Mit Einsparungen bei der Kultur lässt sich jedoch kein
77 Haushalt sanieren. Dafür ist ihr Anteil an den Gesamtausgaben zu gering und ihre
78 Bedeutung zu hoch. Die Bedeutung von Kultur wiegt mehr als ihre Kosten. Der
79 Anteil der Kulturausgaben an unserem Bruttoinlandsprodukt beträgt 0,4 Prozent.
80 Relativ zu den Gesamtausgaben der öffentlichen Haushalte liegen die
81 Kulturausgaben in Deutschland insgesamt bei 1,7 Prozent. Städte und Gemeinden
82 investieren etwas mehr als 2 Prozent ihrer jeweiligen Haushaltsetats für Kultur.

83 Insbesondere angesichts knapper Haushaltssachen werden Kürzungen bei den
84 Kulturausgaben vor Ort damit gerechtfertigt, dass Kultur zu den sogenannten
85 „freiwilligen Leistungen“ gehört. Eine „freiwillige Leistung“ sind Kultur und
86 Sport insofern, dass es jedem Menschen in unserer demokratischen Gesellschaft
87 freisteht, sich daran auf welche inhaltliche Weise auch immer, zu beteiligen.
88 Der Begriff „freiwillig“ definiert somit den Gegensatz zur Kulturpolitik im
89 Dritten Reich, wo Kultur und Sport politisch instrumentalisiert wurden. Die
90 Vergabe von Fördermitteln für Kultur ist keineswegs eine freiwillige
91 Großzügigkeit politischer Entscheidungsträger*innen. Eine Verpflichtung, als
92 erstes an Kultur und Sport zu sparen, wäre im Übrigen nicht vereinbar mit der
93 kommunalen Selbstverwaltung: Die Gemeinden haben das Recht, ihre Einnahmen- und
94 Ausgabenwirtschaft im Rahmen eines geordneten Haushaltswesens selbständig zu
95 führen. Sie haben die Verpflichtung, Güter und Dienstleistungen bereitzustellen,
96 die für das menschliche Dasein als notwendig erachtet werden. Dazu gehört gemäß
97 Artikel 27 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte auch die Teilhabe an
98 Kultur: „1. Jeder hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei
99 teilzunehmen, sich an den Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen
100 Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.“

101 Zu 2. und 3.: Die Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Erfolg und der
102 Einkommenssituation der Wertschöpfer*innen in der Kulturbranche ist frappierend.
103 Zahlen der zum 1. Januar 2018 aktiv Versicherten bei der Künstlersozialkasse
104 belegen ein im Vergleich zu den Vorjahren konstant niedriges Einkommen in den
105 Branchen Wort, Bildende Kunst, Musik und Darstellende Kunst. So liegt
106 beispielsweise das durchschnittliche Jahreseinkommen im Bereich Bildende Kunst
107 für Künstler bei rund 19 T EUR, für Künstlerinnen lediglich bei rund 13 T EUR.
108 Im Bereich Musik ist das Durchschnittseinkommen noch niedriger. Für Musiker
109 liegt es bei rund 15 T EUR, für Musikerinnen bei nur rund 11 T EUR. Die meisten
110 künstlerischen Berufe erfordern ein jahrelanges zeit- und kostenintensives
111 Studium. Fleiß, Durchhaltevermögen und Disziplin sind Grundvoraussetzungen für
112 alle darstellenden und bildenden Künstler*innen und Musiker*innen.
113 Künstler*innen zählen zur kinderärmsten Berufsgruppe in Deutschland, bei einer
114 durchschnittlichen Rentenerwartung von 420 EUR ist Altersarmut vorprogrammiert.
115 Angemessene Honorare und Gehälter für Künstler*innen ebenso für wie für alle
116 qualifizierten Lehrkräfte im kulturellen Bereich denken wir daher bei allen
117 Fördermaßnahmen ebenso wie auch beim kulturellen Rahmenprogramm Grüner
118 Veranstaltungen immer mit! Die nach wie vor bestehende Benachteiligung von
119 Frauen ist nicht nur ungerecht, dem Kulturbetrieb geht damit kreatives Potential
120 verloren. Diskriminierung kann und darf nicht mit künstlerischer Freiheit
121 gerechtfertigt werden. Eine geschlechtergerechte Kulturpolitik ist daher
122 notwendig.

123 Zu 4.: Auf dem Arbeitsmarkt sind Teamfähigkeit und Kreativität gefragt,
124 Eigenschaften, die an unseren Schulen und Universitäten nur ungenügend gefördert
125 werden. Kulturelle Bildung hängt bei uns hauptsächlich vom Einkommen der Eltern
126 ab. An weiterführenden Schulen in Bayern werden musische Fächer kontinuierlich
127 gekürzt oder fallen aus, weil dafür nicht ausreichend Lehrkräfte eingestellt
128 werden, beispielsweise für Kunsterziehung. Kreativität ebenso wie
129 Gestaltungskompetenzen, Eigeninitiative und Reflexionsvermögen sind keine
130 angeborenen Fähigkeiten. Sie können gelernt und vermittelt werden. Kooperationen
131 zwischen Schulen und Kulturinstitutionen oder KünstlerInnen können dazu
132 beitragen, dass kulturelle Bildung alle Kinder und Jugendlichen erreicht. Kultur

133 muss mit Bildung, und Kunst mit Lernen verknüpft werden. Beispielsweise dafür
134 steht die Arbeit im Bereich kulturelle Bildung des BBK (Bundesverband Bildender
135 Künstler*innen) München, wo Künstler*innen mit unterschiedlichen Schulen
136 zusammenarbeiten. Oder der Verein „Künstler an die Schulen e.V.“ in Ingolstadt,
137 dessen Mitglieder - Künstler*innen unterschiedlicher Sparten - Programme und
138 Projekte für Kindergärten und Schulen anbieten. Kulturelle Bildung muss
139 elementarer Bestandteil der schulischen Bildung sein. An Ganztagschulen sollten
140 Schüler*innen zwischen künstlerischen Kursen von Schauspiel bis hin zu
141 Fotografie ihren Neigungen entsprechend wählen dürfen. Immer mehr
142 Ganztagschulen bzw. Horteinrichtungen bieten bereits vor Ort auf freiwilliger
143 Basis Instrumentalunterricht an. Diese und andere kulturelle Angebote öffentlich
144 zu fördern und somit für die Schüler*innen bzw. deren Eltern kostenfrei oder
145 kostengünstig zu ermöglichen, wäre ein Schritt hin zu mehr kultureller Teilhabe
146 für alle Kinder und Jugendlichen. Wesentlicher Bestandteil kultureller Bildung
147 ist zudem die altersgerechte Kulturvermittlung. Immer mehr Stadttheater in
148 Bayern haben eine eigene Kinder- und Jugendsparte mit Vorstellungen für
149 Kindergärten und Schulklassen aller Altersstufen zu reduzierten
150 Eintrittspreisen. In München gibt es mit der Schauburg ein eigenes Kinder- und
151 Jugendtheater. Das Junge Landestheater Bayern tourt für junge Menschen in alle
152 Regionen Bayerns. Kulturelle Angebote wie ein Theater-, Konzert- oder
153 Museumsbesuch können das Denken verändern und Empathie fördern. Wir begrüßen
154 eine Öffnung der Kulturinstitutionen für alle Gruppen unserer Gesellschaft sowie
155 Kooperationen mit Bildungseinrichtungen!

156 zu 5.: Inklusion und Barrierefreiheit im Kulturbereich müssen nicht nur
157 substanzielle Verbesserungen beim Zugang zu unserer kulturellen Infrastruktur
158 beinhalten, wie z.B. Tastführungen, Führungen in Leichter Sprache, usw.. Es geht
159 auch darum, die künstlerische Aktivität von „besonderen Menschen“ individuell zu
160 fördern und somit unsere Gesellschaft mit ihrem kreativen Potential zu
161 bereichern. Ein wichtiger Baustein für das Gelingen von Inklusion ist die
162 Kooperation zwischen Fördereinrichtungen und qualifizierten Künstler*innen. Das
163 kreative, künstlerische und intellektuelle Potential von Menschen mit
164 Behinderungen muss sich entfalten können, das fordert auch die
165 UNBehindertenrechtskonvention.

166 zu 6.: Dass die Beschäftigung mit Kunst und Kultur eine Abwechslung vom Alltag
167 und für einige Geflüchtete sogar eine Form der „Traumabewältigung“ bedeuten
168 kann, ist unbestritten. Darüber hinaus bringt die gemeinsame künstlerische
169 Aktivität Menschen unterschiedlicher sprachlicher und kultureller Herkunft
170 einander näher und trägt zum besseren Verständnis für das Schicksal von
171 Flüchtlingen bei. Wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft miteinander
172 musizieren oder eine Tanzperformance einstudieren, können gegenseitige
173 Vorurteile aufgehoben werden und Grenzen zwischen „wir“ und „die“ verschwinden.
174 Ein positives Praxisbeispiel ist das Bellevue di Monaco, ein Wohn- und
175 Kulturzentrum für Geflüchtete und Münchner*innen. Auch in den AnkER-,
176 Gemeinschafts- und Erstaufnahmeeinrichtungen können und wollen viele Geflüchtete
177 künstlerisch aktiv sein oder Kulturveranstaltungen besuchen. Ihr kreatives
178 Potential zu fördern und ihnen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur
179 kulturellen Teilhabe anzubieten, ist uns Grünen in Oberbayern ein Anliegen.

180 zu 7.: Zugang zu Kultur und gemeinsame künstlerische Aktivität stärken den
181 Zusammenhalt einer Gesellschaft und wirken integrativ. Kommunen und Gemeinden
182 sollten daher Kultur-Akteurinnen und -Akteure dabei unterstützen, ein Publikum

183 außerhalb ihrer „Nische“ anzusprechen. Ein Ansatz wäre, dass städtisch
184 geförderte Museen zumindest an einem Tag in der Woche keinen Eintritt verlangen
185 oder einige öffentlich geförderte Opern- und Konzertaufführungen als
186 kostengünstiges Open Air organisiert werden. Auch kostenlose bzw. kostengünstige
187 Schüler*innen- und Student*innen-Tickets für Museen, Burgen und Schlösser oder
188 ein „Ferien-Pass“ zum Besuch von Kultureinrichtungen in Oberbayern können dazu
189 beitragen, mehr Teilhabe an Kultur zu ermöglichen. Großbritannien feiert mit
190 kostenlosen Museen für alle seit knapp 20 Jahren Erfolge.

191 Kulturangebote und Gelegenheiten zur künstlerischen Aktivität haben einen
192 entscheidenden Einfluss auf den individuellen Bezug zum Heimatort und die
193 Attraktivität von Orten – insbesondere für Jugendliche. Sie benötigen
194 Rückzugsorte und Abwechslung im Freizeitbereich. Aber auch der fortschreitenden
195 Vereinsamung Älterer wird durch Teilhabe an Kunst und Kultur vorgebeugt. Die
196 Schaffung von Freiräumen und Möglichkeiten zur künstlerischen Auseinandersetzung
197 ist daher insbesondere im ländlichen Raum notwendig, um Jugendlichen und älteren
198 Menschen Perspektiven zur Entfaltung ihrer Kreativität vor Ort anbieten zu
199 können. Niedrigschwelliger Zugang zu Kultur für alle ist uns wichtig.
200 Jugendkulturzentren und Jugendkulturringe müssen in ländlichen Gebieten gestärkt
201 werden und erhalten bleiben.

202 Zu 8.: Nachdem der Intendant der Kammerspiele, Matthias Lilienthal und sein
203 Kollege vom Volkstheater, Christian Stückl, im vergangenen Sommer den
204 überparteilichen Aufruf zur Demo „#ausgehetzt-gemeinsam gegen die Politik der
205 Angst“ mitgezeichnet hatten, intervenierte die CSU-Fraktion im Münchner
206 Stadtrat und appellierte an das „Neutralitätsgebot“. Das Neutralitätsgebot für
207 alle staatlichen Einrichtungen ist eine Konsequenz aus der politischen
208 Instrumentalisierung von Bildung, Sport und Kultur im Dritten Reich. In seinem
209 Aufsatz „Das Neutralitätsgebot als rechtliche Scheinwaffe gegen staatliche
210 Courage“ legt der u.a. auf Verwaltungsrecht spezialisierte Rechtsanwalt Jost von
211 Glasenapp dar, dass „Beamte und staatliche Organe verpflichtet (seien), sich
212 aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzusetzen.“ Darüber
213 hinaus kommt er zum Schluss, dass Beamte und Staatsbedienstete die Befugnis und
214 Zuständigkeit haben, sich zu möglichen verfassungsfeindlichen Zielen von
215 Parteien und Organisationen zu äußern und ihnen entgegen zu treten. Wenn also
216 die Ziele einer Partei unsere offene, demokratische Gesellschaft bedrohen,
217 sollten auch Beschäftigte an staatlichen Kulturinstitutionen dagegen
218 aufbegehen.

219 „Aus politischen Gründen“ wurde im August letzten Jahres ein Konzert mit
220 Uraufführung des Organisten und Komponisten Prof. Robert Maximilian Helmschrott
221 durch den Veranstalter (die katholische Kirche vertreten durch Münsterpfarrer
222 Dekan Bernhard Oswald und dem Vorsitzenden des Vereins der Freunde der Musik am
223 Ingolstädter Münster e.V.) ersatzlos abgesagt. Kurz zuvor hatte sich der Musiker
224 in einem Interview mit dem Donaukurier gegen die CSU-Flüchtlingspolitik
225 positioniert.

226 Die Kunst ebenso wie die Wissenschaft in Deutschland sind frei. Wenn
227 Künstlerinnen und Künstler sich politisch äußern wollen, müssen sie das dürfen,
228 selbst wenn sie an einer öffentlichen Kulturinstitution beschäftigt sind. Ihnen
229 dies zu verwehren, bedeutet nichts anderes als Zensur bzw. Selbstzensur durch
230 die jeweiligen Veranstalter.

231 Demokratiefeindlichen Kräften in den Parlamenten, die Kunst und Kultur für ihre
232 Zwecke instrumentalisieren und reglementieren wollen, treten wir entschlossen
233 entgegen. Grüne Kulturpolitik setzt sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen
234 für Kunst- und Meinungsfreiheit gewährleistet bleiben. Um Günstlingswirtschaft
235 bei der Kulturförderung möglichst auszuschließen, sind wir bei der Besetzung von
236 Führungspositionen im Kulturbereich für überregionale Ausschreibungen und für
237 die Möglichkeit der Einbeziehung eines externen Expert*innengremiums zur
238 Entscheidungsfindung. Bei der Vergabe von Fördermitteln setzen wir auf die
239 jeweils dem Verwendungszweck angepasste Festlegung transparenter Förderkriterien
240 sowie auf ein anonymisiertes Auswahlverfahren, sofern dies möglich ist (z.B. bei
241 Ausschreibungen für Architekt*innen sowie im Bereich Bildende Kunst).

242 Zu 9.: Die Sanierung, die Denkmalpflege und die Nutzung einer bestehenden
243 Bausubstanz sind nachhaltig. Für den Neubau, für An- und Umbauten sollen
244 Baustoffe nach ökologischen Kriterien ausgewählt werden, die keine negativen
245 Auswirkungen auf die Bewohner*innen haben.

246 Grüne Kulturpolitik stellt ökonomische Interessen nicht über das kulturelle
247 Erbe. Erhalt historischer Bausubstanz und Innovation ist kein Widerspruch. Wir
248 wollen die Bevölkerung und die Stadtverwaltungen zum Erhalt historischer
249 Ortskerne sensibilisieren und substanzelle Kulturgüter (u.a. Jura- und
250 Bauernhäuser, alte Brunnen, Parkanlagen, Innenhöfe) erhalten. Immer wieder
251 werden bei Entscheidungen der Stadtparlamente und Gemeinderäte Einwände des
252 Landesamtes für Denkmalschutz sowie des Landesdenkmalrates¹ ignoriert. Jüngst
253 wendete sich der Landesdenkmalrat strikt gegen das Bauvorhaben einer
254 Baustoffhalle am Freiwasser/Eichstätt, dennoch wurde eine Baugenehmigung seitens
255 der Stadt erteilt. Durch den Neubau wird die Blickbeziehung zur Eichstätter
256 Willibaldsburg gefährdet. Das Baustofflager wird an sensibler Stelle im
257 Naturpark Altmühltafel verwirklicht. In Ingolstadt wurde die Kritik des
258 Denkmalamtes am Bebauungsplan für das Gießereigelände übergangen, wonach das
259 geplante Kongresszentrum im Verhältnis zum historischen Schloss zu mächtig sei.
260 Wir setzen uns dafür ein, dass Einschätzungen des Denkmalamtes bei allen
261 Entscheidungen in politischen Gremien berücksichtigt und dem Landesdenkmalrat
262 höhere Kompetenzen eingeräumt werden, um „Bausünden“ zu vermeiden.

263 zu 10.: Kunst am Bau verschafft einem Neubau und dem öffentlichen Raum
264 Individualität und ein Alleinstellungsmerkmal. Aufträge für Kunst am Bau sind
265 für freischaffende Bildende Künstler*innen bzw. Bildhauer*innen eine relevante
266 Einkommensquelle. Immer wieder werden vor Ort in Oberbayern zwar Künstler*innen
267 für Kunst am Bau engagiert, aber für ihre Arbeit im Verhältnis zur
268 Bauwerkskosten viel zu gering vergütet. Grüne Kulturpolitik setzt sich vor Ort
269 ein für einen verbindlichen Anteil an den Bauwerkskosten (2 Prozent analog zum
270 Bereich Hochbau der Bayerischen Staatsbauverwaltung) zu Gunsten von Kunst am Bau
271 sowie eine bayernweite Ausschreibung des jeweiligen Auftrags.

272 zu 11.: Das gemeinschaftliche Kino-Erlebnis ist fester Bestandteil unseres
273 Kulturlebens. Dort werden auch Filme außerhalb des „Mainstreams“ gezeigt, oft in
274 Kombination mit Veranstaltungen (Premierenfeiern oder Diskussionsrunden). Kinos
275 schaffen gesellschaftlichen Raum außerhalb des Privaten. In Zeiten von Netflix
276 und Co ist jedoch insbesondere die Existenz kleiner Kinos vor Ort gefährdet. Wir
277 unterstützen kleine Kinos vor Ort!

278 Zu 12.: Vielfalt macht Kunst und Kultur vielfältig. Alle gesellschaftlichen
279 Gruppen sollen sich künstlerisch ausdrücken und mit ihren künstlerischen und
280 kulturellen Arbeiten gesellschaftlich einbringen können. Unsere Gesellschaft
281 wird bunter und älter. Menschen mit Migrationshintergrund sind nach wie vor
282 unterrepräsentiert. Aber auch andere gesellschaftliche Gruppen müssen innerhalb
283 und außerhalb der Führungspositionen des Kulturbetriebes stärker
284 Berücksichtigung finden. Frei nach dem Motto „Gib 10% deines Jobs einer Person,
285 die sehr unterschiedlich zu dir ist“ findet Kunst und Kultur so breitere und
286 mannigfaltigere Ausdrucksformen und Umsetzungen.

287 zu 13.: In München wurde aktuell das Gesundheitshaus in der Dachauer Straße zur
288 Zwischennutzung für kulturelle Zwecke freigeben. Laut Zeitungsberichten
289 erreichen die Stadt diesbezüglich zahllose Anfragen und Raumreservierungen von
290 Künstler*innen. Der Bedarf an erschwinglichen Räumlichkeiten für Künstler*innen
291 aller Sparten und Genres ist nicht nur in München enorm. Die Bereitstellung von
292 Räumlichkeiten ist ein wesentlicher Faktor zur Förderung des kreativen
293 Potenzials, Leerstandsnutzung für kulturelle Zwecke wiederum ist ein Modell
294 gegen die Verödung von Innenstädten und Ortskernen. Hier kann das Modell der
295 „Wächterhäuser“ (in Sachsen durch HausHalten e.V.) als Vorbild dienen:
296 „Hauserhalt durch Nutzung“ ist für kreative Nutzer ebenso wie für die
297 Eigentümer*innen ein „Win-Win-Modell“. Bands, bildende Künstler*innen am Anfang
298 ihrer Karriere, Künstler*innen im Bereich Jugendkultur und im
299 semiprofessionellen Bereich können von diesem Konzept profitieren, weil dadurch
300 mehr günstige Probenräume und Ateliers zur Verfügung stehen. Wir unterstützen
301 die öffentliche (Teil-)Finanzierung der Mieten für die (Zwischen-)Nutzung von
302 privatwirtschaftlichen Leerständen zugunsten von Ateliers und Proberäumen für
303 Künstler*innen und setzen uns dafür ein, dass Leerstände der öffentlichen Hand
304 auch für die kulturelle Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Fördermaßnahmen
305 zur Leerstandsnutzung dürfen jedoch nicht das einzige Instrument bleiben, in
306 dichter und teurer werdenden Städten Räume für Kunst und Kultur zu bewahren und
307 zu schaffen. Wir setzen uns daher ebenfalls ein für Konzepte zur nachhaltigen
308 Atelierförderung in Gemeinden und Kommunen.

309 zu 14.: Ein Merkmal unserer öffentlichen Kulturförderung liegt bei der
310 Förderung vielfältiger Angebote, die sich nicht oder noch nicht wirtschaftlich
311 eigenständig behaupten können. Dadurch werden beispielsweise Uraufführungen
312 zeitgenössischer klassischer Musik oder von Theaterstücken ermöglicht, deren
313 Urheber*innen (noch) keinen bekannten Namen haben. Junge Menschen in ihrer
314 künstlerischen Entwicklung zu unterstützen, deren späterer Erfolg auf dem freien
315 Markt noch nicht hundertprozentig prognostiziert werden kann, ist eine weitere
316 maßgebliche Säule unserer Kulturförderstruktur, denn im Experiment liegt der
317 Humus, auf dem unsere Kultur wachsen kann. Um Vielfalt und künstlerische
318 Qualität nachhaltig zu sichern, müssen alle Sparten gleichberechtigt gefördert
319 werden ohne Scheuklappen gegenüber beispielsweise Formen der Jugendkulturen.

320 Zu 15.: Die Kulturarbeit in vielen Städten und Ortschaften basiert zu einem
321 erheblichen Anteil auf ehrenamtlichem und privatwirtschaftlichem Engagement der
322 Bürger*innen (u.a. private Musikschulen, Vereine, private Museen, etc.). Eine
323 hauptamtlichen Koordinierungsstelle ist notwendig: Zur Bündelung und
324 Durchführung von Veranstaltungen und Attraktionen; zur Unterstützung bei der
325 Überwindung bürokratischer Hürden ebenso wie für eine professionelle Presse- und
326 Öffentlichkeitsarbeit. Neben dem Ordnungsamt, Bauamt, etc. sollte daher jede
327 große (Kreis-)Stadt über ein Kultur- bzw. Kultur- und Tourismusamt mit

328 hauptamtlichen Mitarbeiter*innen verfügen sowie eine*n Kulturbefragte*n bzw.
329 Kulturreferent*in stellen.

330 Zu 16: Wir wollen eine Erinnerungskultur, die uns hilft, die Gegenwart und
331 Zukunft demokratisch und menschenfreundlich zu gestalten. Wir treiben die
332 Aufarbeitung der NS-Vergangenheit weiter voran und setzen uns dafür ein, dass
333 Gedenkstätten der NS-Verbrechen erhalten bleiben. In allen Städten und Gemeinden
334 sollten Gedenkkarte an die Opfer des Nationalsozialismus vorhanden sein.
335 Zivilgesellschaftliche Formen der Erinnerungskultur wie beispielsweise die
336 Stolpersteine nach einer Idee des Künstlers Gunter Demnig unterstützen wir. Denn
337 Erinnerung und Aufarbeitung aus der Mitte der Gesellschaft sind eine wichtige
338 Voraussetzung für die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus,
339 Antiziganismus, Rassismus und Homophobie in den Köpfen der Menschen. Darüber
340 hinaus ist unser Anliegen, dass Ideologien gruppenbezogener
341 Menschenfeindlichkeit nicht in Musik und Kunst transportiert werden und fördern
342 Projekte, die sich im Bereich Kinder- und Jugendbildung künstlerisch gegen
343 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus engagieren.

A2 - Fahrzeugindustrie Fahrzeugindustrie zukunftsfest machen

Gremium: Bezirksvorstand

Beschlussdatum: 24.05.2019

1 Jahrzehntelang wurden Siedlungsentwicklung und Verkehrssysteme in allen Teilen
2 Deutschlands einseitig auf Auto und LKW ausgerichtet. Das hat zu täglichen Staus
3 in den Ballungsräumen, hohen Emissions-Belastungen und zu überlasteten
4 öffentlichen Verkehrsmitteln geführt.

5 Der technische Fortschritt hat effizientere Motoren und niedrigere
6 Schadstoffemissionen hervorgebracht. Allerdings wurde dieser Fortschritt durch
7 wachsende Motorisierung und steigendes Verkehrsaufkommen weit überkompensiert.
8 Zum Klimaschutz leistet der Verkehrssektor keinen Beitrag, der Ausstoß von CO₂
9 steigt sogar weiter an. Unsere Klimaschutzverpflichtungen können wir so
10 keinesfalls erreichen. Die autofokussierte Verkehrspolitik hat die Mobilität in
11 die Sackgasse geführt. Ein Umsteuern ist überfällig!

12 Den Weg freimachen für Bus, Bahn, Rad und Fuß

13 Grüne Politik drängt auf den Ausbau des ÖPNV, den Ausbau von Fuß- und Radwegen,
14 die Behandlung des Fahrrads als ernst zu nehmendes Verkehrsmittel im Alltag und
15 will Chancen der Digitalisierung im Verkehrsbereich nutzen. Unser Ziel sind
16 Klimaschutz, Lebensqualität, Vermeidung überflüssiger Wege und pünktliche,
17 zuverlässige Mobilität ohne Stress und Stau. Das Straßenverkehrsaufkommen soll
18 abnehmen, unvermeidbarer Straßenverkehr soll leise, sauber und sicher werden.

19 Die Fahrzeugindustrie auf klimafreundliche Produkte ausrichten

20 Oberbayern ist heute ein wichtiger und traditionsreicher Standort für den
21 Fahrzeugbau: Autos, LKW und Schienenfahrzeuge bzw. wesentliche Bauteile dafür
22 werden in Oberbayern in arbeitsplatzreichen Industrien und zahlreichen
23 Zulieferbetrieben entwickelt und gefertigt. 400.000 Beschäftigte sind alleine in
24 der bayerischen Automobilindustrie tätig, ein großer Teil davon in den
25 Ballungsräumen München und Ingolstadt. Industrie und kleine und mittelständische
26 Unternehmen stellen viele Arbeits- und Ausbildungsplätze, erwirtschaften ein
27 hohes Steueraufkommen und bilden eine wichtige industriepolitische
28 Schlüsselindustrie in der im Umbruch befindlichen Mobilität.

29 Bei einer konsequenten Verkehrswende wird der motorisierte Individualverkehr
30 sowie der Gütertransport auf der Straße an Bedeutung verlieren. Aber er wird
31 selbstverständlich nicht überflüssig. Das saubere, emissionsfreie Fahrzeug von
32 morgen soll aus Bayern und Oberbayern kommen!

33 Wer den Verkehrssektor auf die emissionsfreie und digitale Zukunft ausrichten
34 will, wer Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuerkraft in Oberbayern erhalten
35 will, braucht eine industriepolitische Strategie. Staats- und Bundesregierung
36 lassen diese bislang vermissen, obwohl Klimawandel, Abgasbetrug und verändertes
37 Mobilitätsverhalten neue Leitplanken dringend erfordern. Das verunsichert
38 Beschäftigte und Betriebe. Wir Grüne wollen diese Verunsicherung beseitigen und
39 mit einer auf die Herausforderungen der Zukunft ausgerichteten Industriepolitik

40 Orientierung und Sicherheit für Beschäftigte und unternehmerische Entscheidungen
41 bieten.

- 42 • Der Absatz von Diesel-Autos ist eingebrochen, der Absatz von
43 emissionsarmen oder emissionsfreien Autos bleibt im internationalen
44 Vergleich dennoch weit zurück. Auch wenn die Batterietechnik viele
45 Schwierigkeiten bei Produktion und Entsorgung mit sich bringt, ist sie
46 momentan die am weitesten ausgereifte und aussichtsreiche Antriebstechnik
47 für KfZ und leichte Nutzfahrzeuge. Damit diese Fahrzeuge auch gekauft
48 werden, braucht es die nötige Infrastruktur. Deshalb wollen wir den Aufbau
49 einer zuverlässigen und einfach zu bedienenden Ladesäulen-Infrastruktur.
50 Für andere alternative Antriebe wie Wasserstoff und dessen erneuerbare
51 Erzeugung wollen wir Forschung und Entwicklung stimulieren, damit unsere
52 Unternehmen in Oberbayern den Anschluss an die internationale Konkurrenz
53 halten können.
- 54 • Die Entwicklung sauberer Lastkraftwagen macht große Fortschritte. Jedoch
55 benötigt der Absatz emissionsärmer LKW in der höchst preissensiblen
56 Logistikbranche zusätzliche Anreize, damit die Flottenzielvorgaben der EU
57 erreicht werden können. Wir wollen daher externe Kosten fossil betriebener
58 LKW stärker einpreisen und wollen eine Anhebung und Ausweitung der LKW-
59 Maut. Flankierende Maßnahmen wie z.B. Zufahrtsbeschränkungen für laute LKW
60 mit Verbrennungsmotoren im nächtlichen Lieferverkehr in Städten können
61 leisen, emissionsfreie Fahrzeugen einen Absatzvorteil schaffen.
- 62 • Für den Schienenfahrzeugbau wollen wir durch eine über die Ausweitung,
63 Elektrifizierung und Digitalisierung des Schienenverkehrs neue
64 Perspektiven schaffen. Als Beitrag zu Klimaschutz und emissionsfreier
65 Mobilität, begleitet vom raschen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen
66 wollen wir dem vorhandenen Cluster „Bahntechnik Bayern“ neue Impulse und
67 geben und Möglichkeiten eröffnen.

68 Bayern ist ein Exportland – Und der Weltmarkt will saubere Mobilität

69 Wenn Bundes- und Staatsregierung die Fahrzeugindustrie vor Innovation schützen
70 wollen, erweisen sie ihr einen Bärenhund. In Oberbayern gehen über 57 Prozent
71 der Produkte aus Maschinenbau, Elektro- oder Automobilindustrie ins Ausland. Und
72 der Weltmarkt hat entschieden: gegen den fossilen Verbrenner. Bereits 2040 will
73 Frankreich keine neuen Verbrennungsmotoren zulassen. In den Niederlanden wird
74 2035 ein Ende der Neuzulassungen sein. Norwegen hat im Parlament ein Gesetz
75 verabschiedet, das die Zulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2025
76 verbietet und Großbritannien und Dänemark planen in den 2030iger ein Ende der
77 fossilen Antriebsformen. Nicht nur der Europäische Markt wandelt sich – die
78 globale Nachfrage nach E-Mobilität steigt. In China und den USA – als die
79 größten Absatzmärkte – wurden alleine 2018 knapp 1,5 Mio. E-Autos verkauft. Die
80 Prognosen sind steigend.

81 Ebenso wird sich im Bereich des automatisierten Fahrens im ÖPNV ein
82 Zukunftsmarkt entwickeln, bei dem Bayern eine Spitzenposition anstreben kann.
83 Dies und der damit verbundene Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur
84 wird zukunftsträchtige, interessante Arbeitsplätze schaffen.

85 Neue Start-Ups entstehen, die als Pioniere für grüne Mobilität voranschreiten,
86 sei es für Carsharing-Konzepte oder für den Radverkehr. Eine neue Stadt- und
87 Verkehrsplanung schafft Raum für Visionäre. Der „Green Startup Monitor“ zeigt,
88 dass in Bayern bei den grünen Betriebsgründungen noch viel Potenzial nach oben
89 hat.

90 Wir wollen, dass klimafreundliche Produkte aus Bayern und Oberbayern auch in
91 Zukunft auf dem Weltmarkt bestehen können und somit Arbeitsplätze bei uns
92 sichern. Lasst uns den Wandel nachhaltig gestalten und uns an die Spitze der
93 weltweiten Entwicklung klimafreundlicher Antriebe und Mobilitätsdienstleistungen
94 setzen, die neue Jobs schaffen!

95 Die Verkehrswende endlich starten!

96 In Bayern muss die einseitige Orientierung auf den Straßenbau endlich beendet
97 werden. Während Bayern derzeit zwei Milliarden Euro in den Straßenbau
98 investiert, hat es für den Radwegebau nur rund 40 Millionen Euro übrig. So wird
99 das nichts mit der Verkehrswende! Nachdem der Straßenbau in Bayern seit
100 Jahrzehnten einseitig bevorzugt wurde müssen nun diese Mittel in den
101 Umweltverbund (Bus, Bahn, Rad und Fußverkehr) geleitet werden. Damit schaffen
102 wir nicht nur endlich flächendeckende Verkehrsverbünde in ganz Bayern mit
103 attraktiven Tarifen sondern auch eine massive Ausweitung des Angebots an Bussen
104 und Bahnen. Auf dem Land wollen wir die Mobilitätsgarantie: Busse im Stundentakt
105 von 05 bis 24 Uhr täglich. Bahnstrecken werden elektrifiziert und teilweise
106 reaktiviert. In den Ballungsräumen wird der massive Ausbau von Radschnellwegen,
107 Expressbussen, Seilbahnen bzw. S- und U-Bahnen dazu führen, dass immer mehr
108 Menschen sich für den ÖPNV entscheiden. Das macht die Straßen frei für den den
109 Wirtschaftsverkehr, und Menschen, die tatsächlich auf ein Kraftfahrzeug
110 angewiesen sind. Diese notwendigen Verkehre sollen von emissionsfreien Antrieben
111 bewegt werden und vorzugsweise aus heimischer Produktion stammen. So schaffen
112 wir sowohl Arbeitsplätze und Wertschöpfung als auch saubere Luft, Ruhe und
113 Lebensqualität für alle.

A2 Beschluss - FahrzeugindustrieNEU2 Fahrzeugindustrie zukunftsfest machen

Gremium: Bezirksvorstand

Beschlussdatum: 24.05.2019

1 Jahrzehntelang wurden Siedlungsentwicklung und Verkehrssysteme in allen Teilen
2 Deutschlands einseitig auf Auto und LKW ausgerichtet. Das hat zu täglichen Staus
3 in den Ballungsräumen, hohen Emissions-Belastungen und zu überlasteten
4 öffentlichen Verkehrsmitteln geführt.

5 Der technische Fortschritt hat effizientere Motoren und niedrigere
6 Schadstoffemissionen hervorgebracht. Allerdings wurde dieser Fortschritt durch
7 wachsende Motorisierung und steigendes Verkehrsaufkommen weit überkompensiert.
8 Zum Klimaschutz leistet der Verkehrssektor keinen Beitrag, der Ausstoß von CO2
9 steigt sogar weiter an. Unsere Klimaschutzverpflichtungen können wir so
10 keinesfalls erreichen. Die autofokussierte Verkehrspolitik hat die Mobilität in
11 die Sackgasse geführt. Ein Umsteuern ist überfällig!

12 Den Weg freimachen für Bus, Bahn, Rad und Fuß

13 Grüne Politik drängt auf den Ausbau des ÖPNV, den Ausbau von Fuß- und Radwegen,
14 die Behandlung des Fahrrads als ernst zu nehmendes Verkehrsmittel im Alltag und
15 will Chancen der Digitalisierung im Verkehrsbereich nutzen. Unser Ziel sind
16 Klimaschutz, Lebensqualität, Vermeidung überflüssiger Wege und pünktliche,
17 zuverlässige Mobilität ohne Stress und Stau. Das Straßenverkehrsaufkommen soll
18 abnehmen, unvermeidbarer Straßenverkehr soll leise, sauber und sicher werden.

19 Die Fahrzeugindustrie auf klimafreundliche Produkte ausrichten

20 Oberbayern ist heute ein wichtiger und traditionsreicher Standort für den
21 Fahrzeugbau: Autos, LKW und Schienenfahrzeuge bzw. wesentliche Bauteile dafür
22 werden in Oberbayern in arbeitsplatzreichen Industrien und zahlreichen
23 Zulieferbetrieben entwickelt und gefertigt. 400.000 Beschäftigte sind alleine in
24 der bayerischen Automobilindustrie tätig, ein großer Teil davon in den
25 Ballungsräumen München und Ingolstadt. Industrie und kleine und mittelständische
26 Unternehmen stellen viele Arbeits- und Ausbildungsplätze, erwirtschaften ein
27 hohes Steueraufkommen und bilden eine wichtige industriepolitische
28 Schlüsselindustrie in der im Umbruch befindlichen Mobilität.

29 Bei einer konsequenten Verkehrswende wird der motorisierte Individualverkehr
30 sowie der Gütertransport auf der Straße an Bedeutung verlieren. Aber er wird
31 selbstverständlich nicht überflüssig. Das saubere, emissionsfreie Fahrzeug von
32 morgen soll aus Bayern und Oberbayern kommen!

33 Wer den Verkehrssektor auf die emissionsfreie und digitale Zukunft ausrichten
34 will, wer Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Steuerkraft in Oberbayern erhalten
35 will, braucht eine industriepolitische Strategie. Staats- und Bundesregierung
36 lassen diese bislang vermissen, obwohl Klimawandel, Abgasbetrug und verändertes
37 Mobilitätsverhalten neue Leitplanken dringend erfordern. Das verunsichert
38 Beschäftigte und Betriebe. Wir Grüne wollen diese Verunsicherung beseitigen und
39 mit einer auf die Herausforderungen der Zukunft ausgerichteten Industriepolitik

40 Orientierung und Sicherheit für Beschäftigte und unternehmerische Entscheidungen
41 bieten.

- 42 • Der Absatz von Diesel-Autos ist eingebrochen, der Absatz von
43 emissionsarmen oder emissionsfreien Autos bleibt im internationalen
44 Vergleich dennoch weit zurück. Auch wenn die Batterietechnik viele
45 Schwierigkeiten bei Produktion und Wiederverwertung mit sich bringt, ist
46 sie momentan die am weitesten ausgereifte und aussichtsreiche
47 Antriebstechnik für KfZ und leichte Nutzfahrzeuge. Damit diese Fahrzeuge
48 auch gekauft werden, braucht es die nötige Infrastruktur. Deshalb wollen
49 wir den Aufbau einer zuverlässigen und einfach zu bedienenden Ladesäulen-
50 Infrastruktur. Die Batterietechnik wollen wir klima- und umweltfreundlicher
51 machen: Der Lithiumabbau lässt sich reduzieren, indem wir hohe
52 Anforderungen an die Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit von
53 Elektroauto-Batterien stellen, sowie an die Fehlerdiagnosefähigkeit, um
54 einen gut funktionierenden Second-Life-Markt zu schaffen und die
55 Lebensdauer zu erhöhen. Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft werden
56 so zum Wettbewerbsvorteil.

57 Für spezielle Anwendungen - wie etwa schwere Nutzfahrzeuge, Schiff- und
58 Luftfahrt - werden neben der Batterie weitere Energieträger mit hoher
59 Energiedichte nötig bleiben: Ob Verbrenner mit synthetischem Kraftstoffen
60 oder Brennstoffzelle mit Wasserstoff – entscheidend ist, dass die Energie
61 erneuerbar erzeugt und effizient umgewandelt wird. Wir wollen Forschung
62 und Entwicklung in diesem Bereich stimulieren, damit unsere Unternehmen in
63 Oberbayern den Anschluss an die internationale Konkurrenz halten können.

- 64 • Die Entwicklung sauberer Lastkraftwagen macht große Fortschritte. Jedoch
65 benötigt der Absatz emissionsärmer LKW in der höchst preissensiblen
66 Logistikbranche zusätzliche Anreize, damit die Flottenzielvorgaben der EU
67 erreicht werden können. Wir wollen daher externe Kosten fossil betriebener
68 LKW stärker einpreisen und wollen eine Anhebung und Ausweitung der LKW-
69 Maut. Flankierende Maßnahmen wie z.B. Zufahrtsbeschränkungen für laute LKW
70 mit Verbrennungsmotoren im nächtlichen Lieferverkehr in Städten können
71 leisten, emissionsfreie Fahrzeugen einen Absatzvorteil schaffen.
- 72 • Für den Schienenfahrzeugbau wollen wir durch eine über die Ausweitung,
73 Elektrifizierung und Digitalisierung des Schienenverkehrs neue
74 Perspektiven schaffen. Als Beitrag zu Klimaschutz und emissionsfreier
75 Mobilität, begleitet vom raschen Ausbau der erneuerbaren Energiequellen
76 wollen wir dem vorhandenen Cluster „Bahntechnik Bayern“ neue Impulse und
77 geben und Möglichkeiten eröffnen.

78 Bayern ist ein Exportland – Und der Weltmarkt will saubere Mobilität

79 Wenn Bundes- und Staatsregierung die Fahrzeugindustrie vor Innovation schützen
80 wollen, erweisen sie ihr einen Bärenhund. In Oberbayern gehen über 57 Prozent
81 der Produkte aus Maschinenbau, Elektro- oder Automobilindustrie ins Ausland. Und
82 der Weltmarkt hat entschieden: gegen den fossilen Verbrenner. Bereits 2040 will
83 Frankreich keine neuen Verbrennungsmotoren zulassen. In den Niederlanden wird
84 2035 ein Ende der Neuzulassungen sein. Norwegen hat im Parlament ein Gesetz
85 verabschiedet, das die Zulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren ab 2025
86 verbietet und Großbritannien und Dänemark planen in den 2030iger ein Ende der

87 fossilen Antriebsformen. Nicht nur der Europäische Markt wandelt sich – die
88 globale Nachfrage nach E-Mobilität steigt. In China und den USA – als die
89 größten Absatzmärkte – wurden alleine 2018 knapp 1,5 Mio. E-Autos verkauft. Die
90 Prognosen sind steigend.

91 Ebenso wird sich im Bereich des automatisierten Fahrens im ÖPNV ein
92 Zukunftsmarkt entwickeln, bei dem Bayern eine Spitzenposition anstreben kann.
93 Öffentliche wie wirtschaftsnahe Studien legen nahe, dass immer weniger Menschen
94 privat ein Auto besitzen werden. Die Automatisierung des Fahrens eröffnet nicht
95 nur neue Geschäftsmodelle mit Car-Sharing-Flotten, wo Mobilität zur
96 Dienstleistung wird, sondern hier entsteht auch ein großes Investitionsfeld für
97 smarte und letztlich automatisiert fahrende Rufbussysteme der öffentlichen Hand.
98 Dies und der damit verbundene Ausbau der physischen und digitalen Infrastruktur
99 wird zukunftsträchtige, interessante Arbeitsplätze schaffen.

100 Neue Start-Ups entstehen, die als Pioniere für grüne Mobilität voranschreiten,
101 sei es für Carsharing-Konzepte oder für den Radverkehr. Eine neue Stadt- und
102 Verkehrsplanung schafft Raum für Visionäre. Der „Green Startup Monitor“ zeigt,
103 dass in Bayern bei den grünen Betriebsgründungen noch viel Potenzial nach oben
104 hat.

105 Wir wollen, dass klimafreundliche Produkte aus Bayern und Oberbayern auch in
106 Zukunft auf dem Weltmarkt bestehen können und somit Arbeitsplätze bei uns
107 sichern. Lasst uns den Wandel nachhaltig gestalten und uns an die Spitze der
108 weltweiten Entwicklung klimafreundlicher Antriebe und Mobilitätsdienstleistungen
109 setzen, die neue Jobs schaffen!

110 Die Verkehrswende endlich starten!

111 In Bayern muss die einseitige Orientierung auf den Straßenbau endlich beendet
112 werden. Während Bayern derzeit zwei Milliarden Euro in den Straßenbau
113 investiert, hat es für den Radwegebau nur rund 40 Millionen Euro übrig. So wird
114 das nichts mit der Verkehrswende! Nachdem der Straßenbau in Bayern seit
115 Jahrzehnten einseitig bevorzugt wurde müssen nun diese Mittel in den
116 Umweltverbund (Bus, Bahn, Rad und Fußverkehr) geleitet werden. Damit schaffen
117 wir nicht nur endlich flächendeckende Verkehrsverbünde in ganz Bayern mit
118 attraktiven Tarifen sondern auch eine massive Ausweitung des Angebots an Bussen
119 und Bahnen. Auf dem Land wollen wir die Mobilitätsgarantie: Busse im Stundentakt
120 von 05 bis 24 Uhr täglich. Bahnstrecken werden elektrifiziert und teilweise
121 reaktiviert. In den Ballungsräumen wird der massive Ausbau von Radschnellwegen,
122 Expressbussen, Seilbahnen bzw. S- und U-Bahnen dazu führen, dass immer mehr
123 Menschen sich für den ÖPNV entscheiden. Das macht die Straßen frei für den den
124 Wirtschaftsverkehr, und Menschen, die tatsächlich auf ein Kraftfahrzeug
125 angewiesen sind. Diese notwendigen Verkehre sollen von emissionsfreien Antrieben
126 bewegt werden und vorzugsweise aus heimischer Produktion stammen. So schaffen
127 wir sowohl Arbeitsplätze und Wertschöpfung als auch saubere Luft, Ruhe und
128 Lebensqualität für alle.

A3-Pflege Resolution "Kommunale Pflegezentren ermöglichen"

Gremium: Andreas Krahl, MdL; Bezirksvorstand

Beschlussdatum: 14.06.2019

1 Pflegestützpunkte – so sieht es aus!

2 Bereits im Oktober 2009 beschloss die Staatsregierung per Allgemeinverfügung die
3 Errichtung von bis zu 60 „Pflegestützpunkten“ in ganz Bayern.

4 Die Aufgabe dieser Einrichtungen ist dabei diffus mit der „wohnortnahen
5 Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten nach Maßgabe der Vorgaben
6 des Elften Buches Sozialgesetzbuch“ definiert.

7 In einer „Aufbauphase“ sollten bereits 2010 besagte 60 Stützpunkte zunächst dort
8 realisiert werden, „wo sich auch der Landkreis oder die kreisfreie Stadt an
9 ihnen beteiligt.“

10 In der Trägerschaft der Städte, der Landkreise, der Bezirke sowie der Kranken-
11 und Pflegekassen, sollen bereits vorhandene vernetzte Unterstützungs- und
12 Beratungsstrukturen integriert werden. Ehrenamtler*innen, kirchliche und
13 sonstige religiöse Organisationen sollten ebenso eingebunden werden wie
14 Pflegefachpersonen vor Ort.

15 Was bereits in der Verfügung kompliziert klingt, stellte sich in der Praxis
16 ebenso kompliziert heraus: bis heute wurden bayernweit ganze neun
17 Pflegestützpunkte errichtet. Das ist nicht flächendeckend und für die wenigsten
18 Menschen in Bayern wohnortnah.

19 Einen Fahrplan für die Errichtung weiterer Stützpunkte gibt es derzeit nicht,
20 seit 2010 fehlen nach den Ankündigungen bereits 51 Stützpunkte landesweit.
21 Allen Stützpunkten ist gemein, dass sie erst dann beratend in Aktion treten,
22 wenn die Familien sich bereits in Ausnahmesituationen befinden. Der häuslichen
23 Betreuung Angehöriger wird bei den Beratungsangeboten besondere Aufmerksamkeit
24 gewidmet.

26 Pflege in Bayern – das kommt auf uns zu!

27 Pflege geht uns alle an: ob die Oma dement oder der Onkel nach einem
28 Arbeitsunfall langwierige Reha braucht, wir alle sind direkt oder durch unser
29 enges Umfeld mit dem Thema konfrontiert. Und wir alle wollen, dass wir und die
30 Menschen, die uns am Herzen liegen im Ernstfall gut versorgt werden.

31 Heute leben in Bayern rund 70% aller Pflegebedürftigen zu Hause und nehmen
32 Betreuung durch ihre An- und Zugehörigen in Anspruch. Diese häusliche Care-
33 Arbeit wird überproportional häufig von Frauen geleistet. Ausgleichzahlungen
34 oder ein Rückkehrrecht in den eigenen Beruf sind in diesen Fällen so gut wie
35 nicht vorgesehen: häusliche Care-Arbeit macht also spätestens im Alter arm.

36 Außerdem verschärft die demographische Entwicklung die Situation zusätzlich: bis
37 2030 werden wir allein in Bayern 300.000 dementiell erkrankte Personen zu
38 versorgen haben. Immer mehr Menschen mit Pflegebedarf stehen immer weniger
39 jungen und gesunden gegenüber, die in der Lage sind, die aufkommenden Bedarfe zu
40 erfüllen.

41 Wir brauchen jetzt Konzepte, die die Pflegebedürftigen absichern ohne deren nahe
42 Personen energetisch, finanziell, psychisch und physisch zu überlasten.

43 Wir brauchen funktionale Konzepte, die professionelle Pflege aufwerten und die
44 Berufsbilder attraktiver machen.

46 Wir brauchen die Verankerung der professionellen Pflege in allen Strukturen der
47 Gesellschaft: nicht nur Rat, sondern auch Tat vor Ort. Überall in Bayern.

48 Kommunale Pflegezentren – so sollte es sein!

49
50 Ein Leben in Selbstbestimmtheit bis ins hohe Alter, mit Krankheit, Gebrechen
51 oder Behinderung und zwar dort, wo wir sein wollen: das wünschen wir uns wohl
52 alle. Größtmögliche Lebensqualität in unseren soziokulturellen Räumen, ohne
53 unsere Wurzeln zu verlieren.

54 Qualifizierte Beratung und tatkräftige Unterstützung vor Ort für Betroffene und
55 deren Zugehörige, möglichst bevor Krisen entstehen.

56 Prävention für alle Menschen jeden Alters sollte bei den kommunalen
57 Pflegezentren genau so wichtig sein, wie Hilfe und Unterstützung im Akutfall.

58 Zur Prävention und zur bestmöglichen Versorgung in den Städten und auf dem Land
59 fordern wir:

60 Die Einbeziehung kommunaler Pflegezentren in die Quartiersentwicklungskonzepte
61 aller Gemeinden und Stadtteile Bayerns und die zeitnahe Umsetzung dieser
62 Einrichtungen.

63 Kommunale Pflegezentren ermöglichen zudem eine genaue Evaluation der
64 unterschiedlichen Pflegebedarfe in Bayern und können auch auf veränderliche
65 Bedarfe aufgrund ihrer lokalen Präsenz zügig und angemessen reagieren.

66 Was bieten kommunale Pflegezentren?

- 67 • Pflegefachpersonen aus unterschiedlichen Bereichen der professionellen
68 Pflege mit fundierten und aktuellen Kenntnissen über die gesamte
69 Pflegelandschaft der Region beraten kompetent und aus einer Hand. Sie
70 unterstützen ebenso bei der Suche nach geeigneten Einrichtungen wie bei
71 Bewerkstelligung einer häuslichen Betreuung mit oder ohne professionelle
72 Unterstützung wie mobile Pflege, Tagespflege oder Kurzzeitpflege und
73 schützen An- und Zugehörige für Überlastungen. Die kommunalen
74 Pflegefachpersonen sind gut miteinander vernetzt, um auch in schwierigen
75 Fällen optimal reagieren zu können und Synergien über die regionale
76 Bindung hinaus nutzen zu können. Optimal ist die dauerhafte Versorgung und
77 Beratung der Klienten derselben Fachperson über die gesamte Dauer des
78 Bedarfes. Das schafft Sicherheit und Vertrauen auch in schwierigen
79 Situationen.

80 Die Anzahl der von den Kommunen beschäftigten Pflegefachpersonen ist in
81 regelmäßigen Abständen zu evaluieren und so anzupassen, dass auch
82 Hausbesuche und die persönliche Betreuung gewährleistet werden kann.
83 Professionelle Pflegeleistungen, die nicht durch mobile Pflege abzudecken
84 sind, werden unbürokratisch von den Pflegefachpersonen des kommunalen
85 Pflegezentrums auch über längere Zeiträume ausgeführt und sind bei den
86 Personalplanungen zu berücksichtigen.

87 Für Betreuende An- und Zugehörige stehen in den kommunalen Pflegezentren
88 Plätze zur Verhinderungspflege auch kurzfristig zur Verfügung.

89 Kommunale Pflegezentren sind Anlaufstellen für alle Herausforderungen und
90 Probleme rund um belastende Pflegesituationen nach Unfällen, in Krankheit

91 oder Alter. Sie bieten Unterstützung, Beratung und professionelle Pflege
92 vor Ort und zu Hause.

- 93 • Die Pflegefachpersonen der kommunale Pflegezentren sind stets auf dem
94 aktuellen Stand denkbarer Therapiemöglichkeiten und kennen die Angebote
95 vor Ort und in ganz Bayern. So können beispielsweise Betroffene
96 dementieller Erkrankungen wertvolle Zeit sparen und irreversible Schäden
97 in Krankheitsverläufen möglichst vermieden werden.
- 98 • Zur Aufgabe der kommunalen Pflegezentren gehört ausdrücklich auch die
99 (dauerhafte) Unterstützung bei der Gründung und dem Betreiben alternativer
100 Wohn- und Pflegeformen. Denkbar sind Demenz-WGs, Pflege WGs und
101 Einrichtungen, in denen Menschen ähnlichen Alters und ähnlicher Interessen
102 betreut und professionell gepflegt werden können.
- 103 • Fester Bestandteil der kommunalen Pflegezentren sind darüber hinaus
104 Familiengesundheitspfleger*innen, die Familien und Lebensgemeinschaften
105 vor Ort ganzheitlich gemäß den Richtlinien der Welt-Gesundheits-
106 Organisation zum Family-Health-Nursing unterstützen.
107 Familiengesundheitspflege beschränkt sich dabei ausdrücklich nicht auf die
108 Begleitung betreuender Angehöriger, sondern wirkt auch unterstützend bei
109 Suchtproblemen, psychischen Erkrankungen, Lernschwächen und allem, was die
110 Gesundheit von Familien und Lebensgemeinschaften beeinträchtigt. Damit
111 fungieren sie als Ansprechpartner*innen, die Familien vor Ort ermächtigen,
112 auch in problematischen Lebensphasen selbstbestimmt leben zu können, sowie
113 Selbstpflegekompetenzen zu erhalten.

114 Kommunale Pflegezentren sind zum Erhalt von Lebensqualität und zur Förderung der
115 Gesundheit aller Menschen in Bayern schnellst möglich mit einer auskömmlichen
116 Anschubfinanzierung zu unterfüttern und umzusetzen. Family-Health-Nursing und
117 die professionelle Pflege-Kompetenz in Rat und Tat vor Ort für alle nutzen
118 erheblich mehr als ein jährliches, vom Pflegegrad abhängiges Taschengeld, von
119 dem den Betroffenen am Ende nicht mehr als allenfalls ein zusätzlicher
120 Wirtshausbesuch alle paar Wochen bleibt. Das Bürokratiemonster
121 „Landespfegegeld“ brauchen wir nicht, wir brauchen verlässliche Strukturen und
122 Unterstützung bei allen Problemen, die die Selbstpflegekompetenzen einschränken,
123 für Betroffene und deren Zugehörige: das ist die Pflege der Zukunft. Somit kann
124 den Kommunen bei dem Aufbau und dem Betrieb auch finanziell die Last abgenommen
125 werden.

126 Investieren wir also die als Wahlgeschenk veranschlagten Milliarden in unser
127 aller Zukunft und Lebensqualität!

128 Absolvent*innen des Advanced-Nursing-Practice Studienganges sind bestens
129 ausgebildet und hochqualifiziert für die vielfältigen Aufgaben in den kommunalen
130 Pflegezentren, stellen wir sie ein.

A4 - Grüne gestalten Kommunen

Grüne gestalten Kommunen nachhaltig – gerecht – vielfältig

Gremium: Johannes Becher, MdL; Bezirksvorstand

Beschlussdatum: 14.06.2019

1 In den Kommunen sind die Menschen zuhause und hier gestalten wir unser
2 Zusammenleben. Mit einer ökologischen, sozialen und demokratischen Politik liegt
3 hier der Grundstein für ein gutes Miteinander.

4 Die derzeitigen Umfragen und die Wahlergebnisse bei der jüngsten Europawahl,
5 sowie der Landtags- und Bezirkstagswahl basieren vor allem auf der
6 Glaubwürdigkeit von Bündnis 90/ Die Grünen. Die Basis dafür ist eine konsequente
7 Haltung und Politik seit mehreren Jahrzehnten auf der kommunalen Ebene.

8 Bereits die Kommunalwahl 2014 war ein großer Erfolg, weil wir vor Ort mit
9 Fachkompetenz, Leidenschaft, praxistauglichen und innovativen Ideen Menschen
10 auch jenseits der Parteidgrenzen für unsere Kandidatinnen und Kandidaten
11 überzeugen konnten. Dies zeigt sich in der hohen Zahl an Mandaten in den
12 Kreistagen, Stadt-, Markt- und Gemeinderäten, sowie ganz besonders bei unserem
13 grünen Landrat Wolfgang Rhezak, sowie den 1. Bürgermeistern Franz Heilmeier,
14 Susanna Tausendfreund, Georg Reinthaler, Angelika Obermayr, Alexander Herrmann,
15 Josef Lutzenberger und Stefan Schneider.

16 Am 15. März 2020 sind wir bereit für den nächsten Schritt. Die Herausforderungen
17 in Oberbayern sind dabei nicht kleiner geworden.

18 Der Erhalt der Lebensgrundlagen mit dem Schutz der Natur und der Artenvielfalt
19 beginnt vor Ort. Wir wollen Lebensräume von lokalen Tier- und Pflanzenarten
20 schützen und dazu Natur- und Landschaftsschutzgebiete weiterentwickeln.

21 Wir wollen Grünzüge erhalten, Bäume schützen und Glyphosat auf kommunalen
22 Flächen unterbinden. Unser Ziel ist die pestizidfreie Kommune. Wir wollen mehr
23 Lebensraum für Insekten, Bienen, Schmetterlinge und Vögel in den Kommunen
24 schaffen und die ökologische und regionale Landwirtschaft unterstützen.

25 Wir gehen sorgsam mit unseren Flächen um. Die Stärkung von Ortskernen als Räume
26 der Lebensqualität ist unsere Antwort auf die ständige Ausweisung neuer
27 Gewerbegebiete auf der grünen Wiese.

28 Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen und treiben im Rahmen der
29 Möglichkeiten vor Ort den Klimaschutz und die Energiewende voran. Die Kommune
30 hat hier eine Vorbildfunktion und ganz viele verschiedenen Möglichkeiten tätig
31 zu werden: vom Baugebiet ohne fossile Brennstoffe, von der Erzeugung
32 erneuerbarer Energien bis zur energetischen Ertüchtigung öffentlicher Gebäude.

33 Wir müssen uns vor Ort auch mit den Folgen des Klimawandels beschäftigen und
34 unsere Hilfs- und Rettungsorganisationen auf kommende Katastrophenlagen
35 entsprechend vorbereiten und angemessen ausrüsten.

36 Kaum eine Gemeinde in Oberbayern hat kein Mobilitätsthema vor Ort. Die Mobilität
37 der Zukunft ist umwelt- und klimafreundlich, intelligent, vernetzt und
38 emissionsarm. Wir wollen Bahn & Bus, Fuß- und Radverkehr so attraktiv machen,
39 dass sie gleichberechtigte, schnelle, bequeme und effiziente Mobilitätsangebote
40 für alle Menschen in Oberbayern bieten.

41 Wichtig ist uns, dass unsere Orte keine anonymen Gebilde werden, sondern dass
42 die Menschen hier aktiv zusammenleben. Dazu braucht es Treffpunkte, Ortsmitten,
43 Vereine, vielfältige Kulturangebote und eine Stadt- und Ortsentwicklung, die den
44 Bedürfnissen von jung und alt gerecht wird.

45 Unser Anspruch ist, dass niemand vom Geschehen im Ort ausgeschlossen wird, sei
46 es aufgrund finanzieller Nöte, mangelhafter Barrierefreiheit oder Hautfarbe,
47 Herkunft und Religion. Hier gilt es hinzuschauen und Lösungen zu finden. Eine
48 isolierte Unterbringung Geflüchteter in Massenunterkünften wie in AnkER-
49 Einrichtungen lehnen wir entschieden ab! Für uns ist klar: Alle Einwohnerinnen
50 und Einwohner gehörendazu und diese klare Haltung werden wir mit aller Kraft
51 verteidigen. Wir betrachten die Vielfalt als Bereicherung.

52 Die Wachstumsschmerzen, insbesondere in München und dem Umland, benötigen
53 innovative Ideen für mehr bezahlbaren Wohnraum und sozial gerechte Bodennutzung.
54 Wenn wir kompakt, kreativ und mit Augenmaß und Qualität bauen, können wir den
55 Flächenverbrauch begrenzen und die Identität der Orte erhalten.

56 Wir wollen mehr Wohnraum schaffen und familienfreundliche Gemeinde, was in der
57 Folge auch zunehmende Herausforderungen in Bereich der frühkindlichen Bildung
58 bedeutet. Um dem Rechtsanspruch der Eltern auf Betreuung, dem Wohl der Kinder
59 und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gerecht zu werden, setzen wir auf
60 qualitätvolle Kindertageseinrichtungen, flexible Angebote und
61 familienfreundliche Öffnungszeiten.

62 Zudem wollen wir die Ganztagsangebote an Schulen bedarfsgerecht ausbauen und
63 qualitativ weiterentwickeln. Zu einer guten Ganztagsbetreuung gehört auch ein
64 ausgewogenes und hochwertiges Mittagessen für alle Kinder.

65 Demokratie lebt vom aktiven Einmischen. Wir wollen Transparenz in
66 Entscheidungsprozesse bringen und aktiv die Bürgerinnen und Bürger beteiligen.
67 Besonders wichtig ist uns, dass Kinder und Jugendliche die Demokratie frühzeitig
68 lernen und sich einbringen können.

69 Wir wollen die Möglichkeiten der Digitalisierung in unseren Kommunen stärker
70 nutzen. Diese können sich durch mehr Effizienz in den Verwaltungen, eine
71 Stärkung des Bürgerservices und eine Verbesserung der Qualität positiv
72 auswirken.

73 Mit einer Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe, einer optimalen Nutzung
74 der Gewerbeflächen und Ausschreibungen nach ökologischen und sozialen Standards
75 betreiben wir vor Ort eine nachhaltige Wirtschaftspolitik. In den letzten Jahren
76 hatten wir, gerade in Oberbayern, ein bespielloses Wachstum, wodurch sich die
77 finanzielle Lage der Kommune deutlich verbessert hat. Wir wissen, dass dies
78 nicht für immer so bleiben wird und daher setzen wir uns vor Ort für eine
79 nachhaltige Finanzpolitik ein.

80 Damit wir diese und viele weitere Ziele auch umsetzen können, sind wir bereit
81 Verantwortung zu übernehmen. Wir gründen oberbayernweit zahlreiche zusätzliche
82 Ortsvereine und stellen wo immer wir möglich grüne Listen auf.

83 Unsere Ziele für Oberbayern sind die Verdoppelung der grünen kommunalen Mandate,
84 mindestens zwei Landrätinnen oder Landräte, mindestens 15 Bürgermeisterinnen
85 oder Bürgermeister und die erste grüne Oberbürgermeisterin Bayerns zu stellen –
86 zum Beispiel in München.

- 87 Wir wollen zudem explizit mehr Frauen und mehr junge Menschen in Mandate
88 bringen, da diese oberbayernweit fast überall deutlich unterrepräsentiert sind.
89 Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir weiterhin unsere
90 bayerischen Kommunen nach vorne bringen. Für lebendige und lebenswerte Städte
91 und Gemeinden in Bayern. Weil wir hier leben.

S1 - Delegiertenschlüssel (Beschluss) Satzungsänderung: Delegiertenschlüssel für Bezirksversammlungen und Aufstellungsversammlungen auf Bezirksebene

Gremium: Bezirksvorstand
Beschlussdatum: 05.05.2019

1 § 3 (2) Satz 1 wird ersetzt:

2 Alt: Jeder Kreisverband entsendet bis einschließlich 80 Mitglieder zwei
3 Delegierte und einen weiteren pro angefangene weitere 40 Mitglieder.

4 Neu: Die Delegierten werden von den Mitgliedern der jeweiligen Kreisverbände in
5 einer satzungsgemäß legitimierten Mitgliederversammlung gewählt. Die
6 Kreisverbände werden aufgefordert, bei den Delegierten die Parität (mindestens
7 50% Frauen) zu wahren. Zur Ermittlung der Delegiertenzahl pro Kreisverband gilt
8 folgendes Verfahren: Die Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes wird mit 100
9 multipliziert. Das Ergebnis wird durch die Zahl der Mitglieder des
10 Bezirksverbands dividiert, wobei das Ergebnis zu einer vollen Zahl gerundet
11 wird. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl, die aber in jedem Fall
12 mindestens 2 betragen muss (Grundmandate).

Begründung

Der seit 2016 gültige Delegiertenschlüssel führt zu einer höheren Zahl von Delegierten bei steigender Mitgliederzahl. Seit dem 31.12.2016 ist die Mitgliederzahl der oberbayerischen Grünen um über 55 Prozent von 3.672 auf aktuell rund 5.700 gestiegen. Und der Zuwachs hält weiter an.

Das sehr erfreuliche, sehr starke Mitgliederwachstum lässt die Delegiertenanzahl unserer Bezirksversammlungen sprunghaft ansteigen, von gut 100 im Jahr 2016, 115 im Jahr 2018 auf 146 im Jahr 2019. Die Versammlungen erhalten dadurch einen anderen, weniger persönlichen Charakter, die Kosten steigen für die Kreisverbände (Reisekosten) ebenso wie für den Bezirksverband (große Hallen, Catering, elektronische Stimmgeräte).

Wir beantragen daher eine langfristig tragfähige Lösung und schlagen eine Berechnungsmethode vor, wie sie im Bundesverband (750 Delegierte und ein Grundmandat) und seit der LDK in Bad Windsheim auch vom Landesverband Bayern (320 Delegierte und 2 Grundmandate) angewandt wird. Damit wird eine langfristig im Voraus planbare Größe der Bezirksversammlung auch bei stark steigenden Mitgliederzahlen dauerhaft ermöglicht. Mit dem vorliegenden Vorschlag würde sich aufgrund der garantierten Grundmandate eine Bezirksversammlungs-Größe von ca. 106 Delegierten ergeben.

Wir schlagen dazu die gleiche Formel vor, wie sie auf Bundesparteitagen bereits seit vielen Jahren verwendet wird und kürzlich für Landesparteitage in Bayern eingeführt wurde.

Das Parteiengesetz setzt sehr enge Grenzen und verlangt eine Vertreterversammlung, die sich proportional nach der Mitgliederzahl (einzig mögliche zusätzliche Komponente sind die jeweiligen Wahlergebnisse) der einzelnen Gebietsverbände zusammensetzt. Dem müssen wir Rechnung tragen und dürfen deshalb beispielsweise die Grundmandate nicht beliebig ausweiten.

Kleine KVs werden durch diese Verkleinerung der Bezirksversammlung relativ gestärkt, da sie unverändert ihre beiden Grundmandate behalten. Alle KVs können wie bisher Interessierte wie z.B. Neumitglieder als Gäste anmelden, sodass die Bezirksversammlungen weiterhin für alle Interessierten offen sind.

Hier findet sich ein Vergleich zwischen altem und vorgeschlagenen Delegiertenschlüssel: <https://gruenlink.de/1me3>

S1 - DelegiertenschlüsselNEU Satzungsänderung: Delegiertenschlüssel für Bezirksversammlungen und Aufstellungsversammlungen auf Bezirksebene

Gremium: Bezirksvorstand
Beschlussdatum: 05.05.2019

1 § 3 (2) Satz 1 wird ersetzt:

2 Alt: Jeder Kreisverband entsendet bis einschließlich 80 Mitglieder zwei
3 Delegierte und einen weiteren pro angefangene weitere 40 Mitglieder.

4 Neu: Die Delegierten werden von den Mitgliedern der jeweiligen Kreisverbände in
5 einer satzungsgemäß legitimierten Mitgliederversammlung gewählt. Die
6 Kreisverbände werden aufgefordert, bei den Delegierten die Parität (mindestens
7 50% Frauen) zu wahren. Zur Ermittlung der Delegiertenzahl pro Kreisverband gilt
8 folgendes Verfahren: Die Zahl der Mitglieder des Kreisverbandes wird mit 100
9 multipliziert. Das Ergebnis wird durch die Zahl der Mitglieder des
10 Bezirksverbands dividiert, wobei das Ergebnis zu einer vollen Zahl gerundet
11 wird. Diese Zahl ist die jeweilige Delegiertenzahl, die aber in jedem Fall
12 mindestens 2 betragen muss (Grundmandate).

Begründung

Der seit 2016 gültige Delegiertenschlüssel führt zu einer höheren Zahl von Delegierten bei steigender Mitgliederzahl. Seit dem 31.12.2016 ist die Mitgliederzahl der oberbayerischen Grünen um über 55 Prozent von 3.672 auf aktuell rund 5.700 gestiegen. Und der Zuwachs hält weiter an.

Das sehr erfreuliche, sehr starke Mitgliederwachstum lässt die Delegiertenanzahl unserer Bezirksversammlungen sprunghaft ansteigen, von gut 100 im Jahr 2016, 115 im Jahr 2018 auf 146 im Jahr 2019. Die Versammlungen erhalten dadurch einen anderen, weniger persönlichen Charakter, die Kosten steigen für die Kreisverbände (Reisekosten) ebenso wie für den Bezirksverband (große Hallen, Catering, elektronische Stimmgeräte).

Wir beantragen daher eine langfristig tragfähige Lösung und schlagen eine Berechnungsmethode vor, wie sie im Bundesverband (750 Delegierte und ein Grundmandat) und seit der LDK in Bad Windsheim auch vom Landesverband Bayern (320 Delegierte und 2 Grundmandate) angewandt wird. Damit wird eine langfristig im Voraus planbare Größe der Bezirksversammlung auch bei stark steigenden Mitgliederzahlen dauerhaft ermöglicht. Mit dem vorliegenden Vorschlag würde sich aufgrund der garantierten Grundmandate eine Bezirksversammlungs-Größe von ca. 106 Delegierten ergeben.

Wir schlagen dazu die gleiche Formel vor, wie sie auf Bundesparteitagen bereits seit vielen Jahren verwendet wird und kürzlich für Landesparteitage in Bayern eingeführt wurde.

Das Parteiengesetz setzt sehr enge Grenzen und verlangt eine Vertreterversammlung, die sich proportional nach der Mitgliederzahl (einige mögliche zusätzliche Komponente sind die jeweiligen Wahlergebnisse) der einzelnen Gebietsverbände zusammensetzt. Dem müssen wir Rechnung tragen und dürfen deshalb beispielsweise die Grundmandate nicht beliebig ausweiten.

Kleine KVs werden durch diese Verkleinerung der Bezirksversammlung relativ gestärkt, da sie unverändert ihre beiden Grundmandate behalten. Alle KVs können wie bisher Interessierte wie z.B. Neumitglieder als Gäste anmelden, sodass die Bezirksversammlungen weiterhin für alle Interessierten offen sind.

Hier findet sich ein Vergleich zwischen altem und vorgeschlagenen Delegiertenschlüssel: <https://gruenlink.de/1me3>